

Geld ist genug da

Die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst hat begonnen. ver.di fordert für die Beschäftigten im Bund und den Kommunen 100 Euro mehr im Monat, dazu eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 3,5 Prozent, 30 Tage Urlaub für alle und die Übernahme der Auszubildenden.

Die Rechnung ist einfach. Eine Erzieherin bei der Stadt Hanau erhält heute als Berufseinsteigerin in der Tarifgruppe S 6 für einen Vollzeitjob nicht mehr als 2.221 Euro. Setzt sich ver.di mit der Forderung nach mehr Geld durch, bekommt sie 100 Euro plus 3,5 Prozent, das macht 2.402 Euro. Von den 100 Euro mehr profitieren vor allem Beschäftigte in den unteren Entgeltgruppen.

Mehr Lohn und Gehalt ist aus zwei Gründen wichtig: Die durchschnittlichen Bruttolöhne sind seit dem Jahr 2000 real gesunken. Das heißt, die Preise stiegen schneller als die Löhne und die Menschen können sich von ihrem Gehalt weniger leisten. Außerdem sind Löhne nicht nur Kosten. Mit dem, was die Menschen verdienen, stützen sie die Wirtschaft im eigenen Land. Sie gehen zum Friseur, ins Kino,



Mehr zur Tarifrunde:
www.wirdieguten.de,
www.tarif-oed.verdi.de

abonnieren Zeitungen und bringen das Auto in die Werkstatt. Das gelingt aber nur, wenn sie tatsächlich über mehr Geld verfügen.

Geld ist genug da. Für das Jahr 2014 wird erneut mit höheren Steuereinnahmen gerechnet. Beim Bund um 3,2 Prozent und bei den Kommunen um 3,8 Prozent.

Mehr Geld für die Beschäftigten, das ist eine der zentralen Forderungen von ver.di. Darüber hinaus soll es für die 2,1 Millionen Beschäftigten im Bund und in den Kommunen 30 Tage Urlaub geben, wie das in Tarifverträgen anderer Branchen längst die Regel ist und seit kurzem auch für die Landesbeschäftigten gilt. Außerdem sollen die Auszubildenden nach erfolgreicher Prüfung übernommen werden.

ver.di verhandelt gemeinsam mit den Gewerkschaften der Polizei sowie Erziehung und Wissenschaft, mit dem Beamtenbund und der Tarifunion. Alle Ergebnisse der Tarifrunde sollen auf die Bundesbeamten übertragen werden.

Interview mit Aydan Karakas-Blutte

Weil der Lohn oft nicht zum Leben reicht



Die Personalratsvorsitzende der Stadt Kassel, Aydan Karakas-Blutte, gehört zur Bundestarifkommission bei ver.di. Sie erklärt, was hinter den Forderungen steckt und was ihr in dieser Tarifrunde besonders am Herzen liegt.

Worauf stellt Ihr Euch bei dieser Tarifrunde ein?

Karakas-Blutte: Wir gehen davon aus, dass wir für unsere Forderungen kämpfen müssen. Und das werden wir auch tun, und zwar alle gemeinsam.

Schon jetzt heißt es, die Kommunen sind klamm und können keine höheren Löhne bezahlen ...

Karakas-Blutte: Die Schulden und leeren Kassen der Städte und

Gemeinden haben aber nicht die Beschäftigten zu verantworten. Unsere Kolleginnen und Kollegen kümmern sich um die grundlegende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Es ist die Krankenschwester im Schichtdienst, der Straßenreiniger, die Erzieherin in der Betreuungseinrichtung, die Angestellten im Bürgeramt und viele andere, die gute und harte Arbeit leisten, damit der Staat

funktioniert. Die Arbeitsverdichtung durch Personalabbau und die stetig steigenden Anforderungen verdienen eine gute Entlohnung.

Die Arbeitgeber bezeichnen die Forderungen als überzogen. Sind sie das?

Karakas-Blutte: Nein. Bei uns gibt es Kollegen, deren Lohn nicht reicht, die Familie über Wasser zu halten. Sie sind auf staatliche Zuschüsse angewiesen. Das trifft Straßenreiniger, ebenso wie die Männer in der Grünpflege oder den Busfahrer in Nahverkehr, der eine hohe Verantwortung trägt. Deshalb ist uns die Forderung nach 100 Euro mehr im Monat so wichtig. Das kommt besonders den Kolleginnen in den unteren Entgeltgruppen zu Gute.

Für alle gilt: Die Preise für Wohnen, Strom und Verkehr steigen, deshalb müssen auch die Löhne steigen. Damit der öffentliche Dienst an Attraktivität gewinnt. Wir haben schon jetzt Probleme, Nachwuchs zu finden.



Newsletter

für Erzieherinnen und Erzieher



März 2014

Inhalt

Gefahren- und Überlastungsanzeige

Seite 2

Fachkräftemangel in Kitas

Mängel in neuer Offenbacher Kita

Seite 3

Hanau geht neue Wege in der Ausbildung

Die Grünen und das Kifög

Seite 4

Terminplan für die Tarifrunde

- | | |
|--------------------|--|
| 1. März: | Die Friedenspflicht ist beendet. Ab jetzt kann gestreikt werden. |
| 13. März: | Auftakt der Tarifrunde |
| 20./21. März: | nächster Verhandlungstermin |
| 31. März/1. April: | weiterer Verhandlungstermin |

Impressum

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
ver.di-Landesbezirk Hessen
Fachbereich Gemeinden
Kristin Ideler
Postfach 200 255
60606 Frankfurt am Main
Tel.: 069 2569-1242
Fax: 069 2569-2662

E-Mail: Kristin.Ideler@verdi.de

Redaktion:

Michaela Böhm, Frankfurt a. M.

Layout:

winterstein · grafik · design, Oberwesel

Druck:

Druckerei Imprinta, Obertshausen

ver.di-Fachtagung zum Gesundheitschutz

Gesundheitsschutz ist im Sozial- und Erziehungsdienst ein zentrales Thema. Die Grundlagen sind mit dem Tarifvertrag geschaffen worden, doch die Umsetzung ist angesichts leerer öffentlicher Kassen und knapper Personalbesetzung schwierig. Gleichzeitig nehmen die psychischen Belastungen zu.

Wie kann ein wirksamer Gesundheitsschutz dennoch gelingen? Darum geht es bei der ver.di-Fachtagung „Gesundheitsschutz im Sozial- und Erziehungsdienst“ am Donnerstag, 22. Mai, in Frankfurt am Main. Dort ist auch Gelegenheit, Fachwissen aufzufrischen und Erfahrungen auszutauschen.

Expertinnen stellen in Referaten grundsätzliche Regelungen und Instrumente vor, insbesondere Gesundheitszirkel in Kitas. In Workshops berichten erfahrene Kolleginnen aus mehreren Kommunen von ermutigenden und innovativen Ansätzen, wie es Interessensvertretungen schaffen, den betrieblichen Gesundheitsschutz voranzutreiben.

Die Tagung findet von 9.30 bis 16.30 Uhr im Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77, statt. Die Tagungsgebühr von 255 Euro inklusive Tagesverpflegung sowie Reisekosten werden für Betriebs- und Personalräte vom Arbeitgeber oder der Dienststelle übernommen, sofern ein ordnungsgemäßer Beschluss des Gremiums vorliegt.

Anmeldung bis 10. April 2014 bei Ruth Kämmerer, Telefon: 069-2578 24-12, Fax: 069-2578-24-24, Mail: kaemmerer@hs.verdi-bub.de.

Weitere Informationen gibt es bei <http://gemeinden.hessen.verdi.de/>

Gefahren- und Überlastungsanzeige

Wenn nichts mehr geht

Eine Gefahren- oder Überlastungsanzeige ist keine Seltenheit. Sie ist dann angebracht, wenn durch Unterbesetzung, schlechte Personaleinsatzplanung oder andauernde Mehrarbeit Beschäftigte an ihre Grenzen kommen. Zudem dient sie dem eigenen Schutz.

Dunja Hilgenberg ist an diesem Morgen noch zu Hause, als sie erfährt, dass sich eine weitere Kollegin krank gemeldet hat. Jetzt fehlen schon zwei Erzieherinnen, und die Hauswirtschaftskraft ist auch krank. Sie werden zu dritt 85 Schulkinder in der Waldschule Wehrda in Marburg betreuen müssen.

Unmöglich, denkt Dunja Hilgenberg und telefoniert mit ihrer Fachdienstleitung. Doch für Abhilfe kann auch sie nicht sorgen. Kaum am Arbeitsplatz, schreibt die Marburger Erzieherin eine Gefahrenanzeige. Überlastungsanzeige, wie sie auch genannt wird, sagen ErzieherInnen ungern. Das klingt nach Überforderung und Überarbeitung. „Damit hat das aber nichts zu tun. Wir konnten schlicht die Aufsichtspflicht nicht mehr gewährleisten.“ Zumal das Gelände der Waldschule sehr groß und unübersichtlich ist.

Dunja Hilgenberg schickt die Gefahrenanzeige an die Schule, den Personalrat, den Fachdienst und ans Personalamt der Stadt. Mit dem Hinweis, dass die Anzeige so lange aufrechterhalten werde, bis Abhilfe geschaffen wird. Wie man eine Gefahrenanzeige erstellt und was zu beachten ist, hat Dunja Hilgenberg in einem ver.di-Seminar von einer Rechtsanwältin erfahren. „Es war gut, dass ich das mit Hilfe von ver.di vorbereitete Formular nur ausfüllen musste. Gerade in so einer Situation fehlt die Zeit, um nach geeigneten Formulierungen zu suchen.“

Schon am nächsten Tag schickt die Stadt Marburg eine Hilfskraft, die so lange bleibt, bis das pädagogische Team an der Waldschule wieder vollständig ist. Seitdem ist es nicht wieder zu einem solchen Engpass gekommen. Inzwischen gibt es genügend Vertretungskräfte in den Betreuungsangeboten, die bei

arbeitsvertraglichen Nebenpflicht (§ 611 und §§ 241 Abs. 2, 242 Bürgerliches Gesetzbuch), die ArbeitnehmerInnen verpflichtet, den Arbeitgeber vor drohenden Schäden zu bewahren und zu warnen. ArbeitnehmerInnen müssen außerdem auf organisatorische Mängel, wie Überschreiten der zulässigen Arbeitszeiten nach dem Arbeitszeitgesetz aufmerksam machen.

Was muss in einer Überlastungsanzeige drinstehen?

Folgende Punkte können/sollten aufgeführt werden:

- Datum
- Name des Beschäftigten
- betroffener Bereich
- konkrete Situationsbeschreibung, die zur Überlastung führt
- konkrete Merkmale der Überlastung, etwa keine Pause, zu lange Arbeitszeiten etc.
- Zahl der zu betreuenden Kinder, Mindestbesetzung und tatsächliche Zahl der ErzieherInnen
- dienstliche Folgen, etwa Beschwerden der Eltern
- persönliche Folgen, wie stressbedingte Erkrankungen etc.
- organisatorische Folgen, wie unerledigte Arbeiten
- vorheriger ergebnisloser mündlicher Hinweis an den Arbeitgeber
- Abhilfebegehren
- Unterschrift

Krankheit von KollegInnen einspringen.

Eine Überlastungsanzeige ist dann angebracht, wenn die eigene Gesundheit oder Sicherheit gefährdet ist. Und Beschäftigte riskieren, Fehler zu machen. Weil sie beispielsweise nicht mehr für die Sicherheit der Kinder garantieren können. Die Anzeige dient außerdem zum eigenen Schutz vor strafrechtlichen, arbeitsrechtlichen oder zivilrechtlichen Konsequenzen.

Muss ich eine Überlastungsanzeige schreiben?

Beschäftigte sind sogar verpflichtet, den Arbeitgeber auf mögliche Gefährdungen oder Schäden hinzuweisen. Das ergibt sich aus § 15 Arbeitsschutzgesetz, wonach Beschäftigte für ihre Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit Sorge zu tragen haben, aber auch für die Personen, die von Handlungen oder Unterlassungen bei der Arbeit betroffen sind. Zudem ergibt sich die Pflicht zur Überlastungsanzeige aus der

Wann ist eine Überlastungsanzeige abzugeben?

Da hilft § 16 Arbeitsschutzgesetz weiter. Die Beschäftigten sind verpflichtet, dem Arbeitgeber die Gefahr unverzüglich zu melden. Zu beachten ist aber, dass die Meldung früh genug erfolgt, damit der Arbeitgeber noch reagieren kann, um Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Wohin soll ich die Überlastungsanzeige schicken?

an

- den/die direkte/n Vorgesetzte/n
- den/die Arbeitgeber/in (die Personalabteilung)
- Personalrat, Betriebsrat oder Mitarbeitervertretung

Muss jede/r selbst eine Anzeige schreiben?

Ja. Eine Überlastungsanzeige muss jeder Beschäftigte für sich selbst abgeben. Sinnvoll ist es, wenn sich mehrere Beschäftigte zusammenschließen und eine Strategie entwickeln.

Info zur Gefahrenanzeige von ver.di

Ein ausführliches Info-Blatt zur Überlastungsanzeige mitsamt Formular für pädagogische Fachkräfte sowie für Leitungen in Tageseinrichtungen gibt es bei ver.di im Mitgliedernetz

<https://mitgliedernetz.verdi.de/informativ/aktiv-sein/aktiv-im-betrieb/++topic++Sozial-%2C%20Kinder-%20und%20Jugendhilfe/> oder per Mail anfordern bei Kristin.Ideler@verdi.de

ErzieherIn dringend gesucht

Ob Kunterbunt und Dagobertshausen, Krambambuli oder Regenbogen – hessische Kitas suchen händeringend ErzieherInnen. Nicht nur hier. Der Notstand ist überall groß. Nach Schätzungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes fehlen bundesweit bis zu 15.000 ErzieherInnen. Doch die Wege, um mehr pädagogische Fachkräfte zu gewinnen, sind unterschiedlich.

Ein paar VertreterInnen der Stadt Mainz reisten im Mai vergangenen Jahres in die Partnerstadt Valencia und führten dort Bewerbungsgespräche. 250 Bewerbungen gingen ein, 51 BewerberInnen kamen in die Vorauswahl, 27 Arbeitsverträge sind unterschrieben worden. Die meisten jungen Männer und Frauen haben ihren Dienst bereits angetreten, zu den gleichen Arbeitsbedingungen und Gehältern wie andere ErzieherInnen auch, betont die Stadt Mainz.

Das Jugendamt Stuttgart wirbt Fachkräfte aus Rumänien an und trifft selbst vor Ort die Personalauswahl. Laut Stuttgarter Zeitung sprechen die Fachkräfte Deutsch, verfügen über ein deutsches Abitur und einen Abschluss als Erzieherin.

Der Internationale Bund in Stuttgart holt sich PädagogInnen aus Neapel. Beim Regierungsprä-

sidium beantragen die Neuanwärtlinge die Anerkennung ihres ausländischen Berufsabschlusses in Deutschland, büffeln Deutsch und holen an Stoff nach, was ihnen noch fehlt.

So weit ist es in hessischen Kommunen noch nicht. Weder beim Hessischen Ministerium für Soziales und Integration noch bei den Städten Frankfurt, Offenbach oder Kassel gibt es Versuche, ErzieherInnen aus dem Ausland anzuwerben, wie auf Nachfrage von ver.di zu erfahren war.

Für Offenbach käme eine Anwerbung aus dem Ausland grundsätzlich nicht in Frage. Mehr als 90 Prozent der Offenbacher Kinder in den städtischen Kitas haben Deutsch als Zweitsprache. „Was wir brauchen, sind so viele Deutsch-Muttersprachler, wie wir nur bekommen können“,

erklärte ein Vertreter der Stadt.

Auch Frankfurt will nicht im Ausland suchen, sondern setzt auf Plakate, schaltet Radio-Spots, umwirbt die SchülerInnen der Fachschulen mit Freikarten und Rundfahrten zu Kitas und lockt mit guten Bedingungen: ErzieherInnen, die sich für Frankfurt entscheiden, wird bei der Wohnungssuche geholfen, sie erhalten ein Jobticket, Weiterbildungen und werden in die höchstmögliche Tarifgruppe (S 8) eingestuft. Das eigene Kind bekommt einen kostenlosen Kita-Platz.

Dennoch „droht es auch in Frankfurt eng zu werden“, berichtet Elke Voitl, Referentin der Bildungsdezernentin Sarah Sorge (Die Grünen). Sie sieht die Hauptverantwortung für den absehbaren Fachkräftemangel beim Land Hessen, das sich lange gesträubt hatte, die Zahl der Plätze in den Fachschulen aufzustocken.

Jetzt ist der Mangel da, vor allem bei den freien Trägern. Etwa beim Diakonischen Werk. Dort sind auffallend viele ErzieherInnen-Stellen unbesetzt.

Mängel in neuer Offenbacher Kita

Zu viel Lärm und kein Außengelände

Auch Offenbach ist in Not, um der Nachfrage nach Kita-Plätzen gerecht zu werden. Und so passiert es, dass Räume gemietet werden, die zwar schön groß, aber ohne Umbauten für Kinder nicht geeignet sind. Wie die Kita 26 an der Berliner Straße.

In dem Verwaltungsgebäude, das der Treuhandverwaltung der IG Metall gehört und in dem der Deutsche Gewerkschaftsbund und Einzelgewerkschaften ihre Büros haben, war bis vor ein paar Monaten noch das Jobcenter untergebracht. Jetzt sind drei Etagen für 24 Krippen-, 50 Kindergarten- und 50 Hortkinder reserviert.

Doch schon bei der Eröffnung im November war klar: „Aus unserer Sicht ist die Kita weder für ErzieherInnen noch für Kinder zumutbar“, kritisierte die Sprecherin der ver.di Betriebsgruppe, Claudia Schell. Was fehlt, ist ein Außengelände sowie Lärmschutz in den

Räumen. In den einstigen Büros ist die Schallintensität spielender Kinder besonders hoch. Der Lärm zerrt an den Nerven, das macht die Arbeit für die ErzieherInnen schwierig, aber genauso belastend ist die Situation für die Kinder. Zudem ist die Berliner Straße eine Hauptverkehrsstraße, einfach rausgehen und toben ist nicht möglich.

Nachdem ver.di die Zustände in der Kita öffentlich kritisierte, kam Bewegung in die Sache. Inzwischen sind lärmschluckende Decken im Gemeinschaftsraum des Hortes angebracht, zurzeit wird mit Messungen geprüft, ob

das ausreicht. Die Decken in den übrigen Räumen sollen ebenfalls mit Schallabsorbieren ausgestattet werden.

Noch behilft sich die Kita mit Ausflügen in die Umgebung. Es gibt allerdings die Zusage, dass Parkplätze in ein Außengelände umgewandelt werden können, sobald die Eigentümerfragen geklärt sind.

Die Stadt Offenbach steckt in dem Dilemma, dass sie in der Innenstadt, wo der Bedarf an Plätzen besonders hoch ist, kaum über Grundstücke verfügt und ihr das Geld fehlt, welche zu kaufen.

Indes tut sich ein weiteres Problem auf: Weil auch in der Stadt Offenbach ErzieherInnen fehlen, konnten bislang nicht alle verfügbaren Plätze an Kinder vergeben werden.

„Mehr Männer in Kitas“ – Quote verfehlt

Drei Jahre lang ist in 16 Modellprojekten und 13 Bundesländern für „Mehr Männer in Kitas“ gewonnen worden. 13 Millionen Euro kostete das Modellprogramm, das vom Bundesfamilienministerium und dem Europäischen Sozialfonds finanziert wurde. Doch das Ziel einer Männer-Quote von 20 Prozent in Kindertagesstätten ist nicht erreicht worden. Zurzeit sind bundesweit rund 20.000 Männer in Kindertagesstätten beschäftigt, davon gut drei Viertel Fachkräfte. Das macht einen Männeranteil von 3,6 Prozent aus. Im Vergleich zu 2011 nur ein Plus von 0,7 Prozentpunkten. Dennoch zieht das Bundesfamilienministerium eine positive Bilanz. „Mit der Initiative haben wir wichtige Pionierarbeit geleistet“, erklärte ein Staatssekretär des Bundesfamilienministeriums. Um Qualität von Betreuung, Erziehung und Bildung in den Kitas zu verbessern, „müssen wir den Erzieherberuf aufwerten – von der Ausbildung über Qualifizierungsmöglichkeiten bis zur Vergütung.“

Solidarität für die Kita-KollegInnen

60 KollegInnen aus vier von der Lebenshilfe in Kleve betriebenen Kitas streiken unbefristet für die Angleichung ihrer Verträge an den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst. Seit März vergangenen Jahres verhandelt ver.di, doch immer noch verweigert die Lebenshilfe, ihre MitarbeiterInnen so zu bezahlen, wie es üblich ist. Zwischen 30 und 400 Euro beträgt der Unterschied zu den Vergütungen im öffentlichen Dienst. Anerkennung sieht anders aus.

Die Streikenden freuen sich über Solidarität von KollegInnen:

www.facebook.com/VerdiKitaNetzNRW

Ein ausführlicher Bericht ist in der ver.di-Mitgliederzeitung PUBLIK zu lesen:

<https://publik.verdi.de/2014/ausgabe-01/gewerkschaft/schwerpunkt/seite-3/A0>

Die 45-Stunden-Woche für Kita-Kinder?

Für die Betreuung von Kleinkindern haben Eltern seit dem 1. August vergangenen Jahres einen Rechtsanspruch. Laut einer Erhebung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) wünschen sich zwei Drittel der Eltern in den neuen Bundesländern für ihre ein- und zweijährigen Kinder einen Ganztagesplatz. In den alten Bundesländern sind es weniger als ein Drittel der Eltern. Im Westen wird eher der Ausbau der erweiterten Halbtagesplätze gewünscht. Und noch eines kam in der Erhebung klar zum Ausdruck: Bundesweit wird die Betreuung in einer Kindertageseinrichtung der Kindertagespflege vorgezogen.

Nachdenklich zeigt sich das Deutsche Jugendinstitut über Befunde, dass jedes vierte Kind besonders lang – in einigen Fällen bis zu 70 Stunden pro Woche – außerhalb betreut werden soll. Ausführliche Informationen und ein Interview sind hier zu lesen:

www.dji.de/index.php?id=43316&L=0

Stressalarm in Kitas

Es ist nicht die erste Untersuchung über psychische Belastungen von ErzieherInnen. Interessant ist sie aber aus folgendem Grund: Die schlechte Personalausstattung gilt als Stressquelle Nummer eins für ErzieherInnen. Das hat eine Studie der Katholischen Hochschule NRW Aachen herausgefunden. Mehr als 800 Erzieherinnen und Erzieher waren zu ihren Berufsbelastungen befragt worden. Fast ein Fünftel der Befragten leidet unter sehr starken beruflichen Stressbelastungen und gilt damit als Hochrisiko-Gruppe für Burnout. Fast 15 Prozent klagen über deutliche bis starke psychosomatische und psychische Beschwerden. Weitere Stressoren im Kita-Alltag sind der Geräuschpegel und die Pflicht zu umfangreicher Dokumentation. Die Studie zeigte aber auch, dass ErzieherInnen trotz aller Belastungen ihren Job lieben. Mehr dazu:

<http://bit.ly/10P1nAv>

Stadt Hanau geht neue Wege

ErzieherIn in Ausbildung

Die Stadt Hanau geht neue Wege in der ErzieherInnenausbildung. Statt ausschließlich auf die schulische Ausbildung mit anschließendem Berufspraktikum zu setzen, gibt es einen Modellversuch zur sogenannten kooperativen Teilzeitausbildung.

Von Montag bis Mittwoch hat Max Fay Schule, Donnerstag und Freitag arbeitet er im Betrieb. Eine ganz normale duale Berufsausbildung? Das nicht. Denn der 21-Jährige wird zum Erzieher ausgebildet. Der Modellversuch der Stadt Hanau ist bislang einzigartig in Hessen.

Für Max Fay ist es bereits der zweite Anlauf zum Erzieher-Beruf. Zuvor hatte er die Fachschule für Sozialpädagogik besucht und nach einem halben Jahr abgebrochen. „Ich habe in der Zeit mein Ersparnis vollständig aufgebraucht.“ Neben der Schule und dem zeitaufwändigen Hobby Rudern auch noch zu jobben, das hat er nicht gepackt. Jetzt kann er doch noch Erzieher werden. Das große Plus: „Ich werde in der Zeit bezahlt.“

Die 24 angehenden ErzieherInnen erhalten während ihrer Ausbildung eine Ausbildungsvergütung wie Verwaltungsfachangestellte. Im ersten Jahr bekommt Max Fay zurzeit 793 Euro brutto. Mit jedem weiteren Jahr steigt die

Vergütung, im vierten erhält er 952 Euro.

„Unser Ziel ist, Praxis und Theorie enger zu verzahnen, die Ausbildung zu verbessern und auf lange Sicht vielleicht auch zu verkürzen“, erklärt Ina-Maria Knoll, Leiterin der Personalabteilung im Eigenbetrieb Kindertagesbetreuung, das Motiv für das neue Ausbildungsmodell. Mehr noch: „Die Ausbildungsvergütung ist ein Anreiz für junge Leute, ErzieherIn zu werden. Wir können dem Fachkräftemangel nur begegnen, wenn wir den Beruf attraktiver machen.“

Bei dem Modellversuch arbeiten der Eigenbetrieb Kindertagesbetreuung, die Eugen-Kaiser-Schule und die Kathinka-Platzhoff-Stiftung zusammen. Eine Theorie- und Praxis-Gruppe, in der auch Azubis vertreten sind, sorgt dafür, dass die Inhalte des Unterrichts zu den Praxiserfahrungen in den Kitas passen.

Nach einem halben Jahr ist es noch zu früh, Bilanz zu ziehen. Laut Ina-Maria Knoll sind die Rückmel-

dungen aus den Kitas jedoch positiv. „Es läuft gut an“, bestätigt auch Ulrike Bräutigam, Personalrätin und Leiterin des Kinderhauses Saalburgstraße. Allerdings muss sich das Team umstellen. „BerufspraktikantInnen, die im letzten Jahr ihrer Ausbildung zu uns kommen, sind selbstständiger, die kann ich anders fordern als Auszubildende, die gerade erst beginnen.“

Max Fay findet es gut, über die dreieinhalbjährige Ausbildungszeit fest im Kinderhaus Saalburgstraße eingesetzt zu sein. Zwischendurch wird er drei jeweils vierwöchige Praktika absolvieren und einen achtmonatigen Praxisblock nach der theoretischen Prüfung im dritten Jahr.

Ob sich Hanau langfristig von der traditionellen schulischen ErzieherInnenausbildung abwendet, ist noch nicht klar. Zunächst laufen beide Modelle parallel. Sicher ist jedoch, dass die AbsolventInnen der sogenannten kooperativen Teilzeitausbildung nach ihrer Prüfung ebenso in die Entgeltgruppe S 6 eingruppiert werden, wie die KollegInnen, die zwei Jahre Fachschule und das einjährige Berufspraktikum hinter sich gebracht haben.

Neue Regierung in Hessen

Die Grünen und das Kifög

Manchmal kommt einer Partei die Überzeugung abhanden, sobald sie auf der Regierungsbank sitzt. So ist das nun auch mit den Grünen, kaum dass sie mit der CDU eine schwarz-grüne Koalition in Hessen bilden. Vor der Landtagswahl am 22. September kritisierten sie den schwarz-gelben Gesetzentwurf zum Kinderförderungsgesetz (Kifög) noch scharf. Jetzt klingt die Kritik zahm.

„Der Gesetzentwurf ist der Ausdruck einer verbrauchten und erschöpften Landesregierung, die kein Konzept und keine Ziele in der frühkindlichen Bildung hat“, erklärte Marcus Bocklet von den Grünen noch vor einem Jahr. Der Entwurf sei Murks und sollte zurückgezogen werden. Damit waren sich die Grünen einig mit ver.di, Verbänden, Kirchen, Kommunen und Eltern, die gegen den Gesetzentwurf protestiert hatten.

Als Folge der Proteste besserten

CDU und FDP zwar nach, die Möglichkeit, fachfremdes Personal einzusetzen, war nun verschwunden. Doch im Wesentlichen ist das Kifög am 1. Januar wie geplant in Kraft getreten. Kaum waren die Grünen in der Regierung, wollten sie das Gesetz, das sie zuvor noch rundum abgelehnt hatten, lediglich „optimieren“, wie sie ver.di mitteilten. Dazu soll es zunächst einen „Runden Tisch Kinderbetreuung“ und ein Qualitätsmonitoring geben. Inzwischen erklären sie, sich nie

grundsätzlich gegen die kindbezogene Finanzierung gewandt zu haben. Das las sich im Entschließungsantrag der Grünen vom Februar 2013 noch anders. Dort hieß es, dass „insbesondere befürchtet wird, dass die im Gesetzentwurf bislang verankerten Vorgaben zur Gruppengröße, Öffnungszeiten und kindbezogener Pauschalfinanzierung zur Absenkung der bisherigen Qualitätsstandards der Kinderbetreuung führen“ könnten. Der Grünen-Abgeordnete Marcus Bocklet verteidigte den Kurs seiner Partei. Das Kifög von heute sei nicht mehr das Kifög, das 2013 als Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht wurde. Kristin Ideler von ver.di erklärte stattdessen: „Das Gesetz gehört grunderneuert.“